

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1991

Ausgegeben am 25. Jänner 1991

17. Stück

-
41. Kundmachung: Aufnahme weiterer Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen
42. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts
43. Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein vom 17. März 1960 zur Feststellung der Staatsgrenze und Erhaltung der Grenzzeichen
(NR: GP XVII RV 1297 VV S. 152. BR: AB 3968 S. 533.)
44. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen
(NR: GP XVII RV 1298 VV S. 149. BR: AB 3963 S. 533.)
-

41. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Aufnahme weiterer Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Liechtenstein am 18. September 1990 die Annahme der in der Satzung der Vereinten Nationen (BGBl. Nr. 120/1956, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 504/1990) enthaltenen Verpflichtungen erklärt und ist gemäß Art. 4 der Satzung Mitglied der Vereinten Nationen geworden.

Vranitzky

42. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat die Bundesrepublik Deutschland am 5. Oktober 1990 ihre Ratifikationsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts (BGBl. Nr. 321/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 532/1990) hinterlegt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nach-

stehende Vorbehalte erklärt bzw. Erklärung abgegeben:

„Gemäß Artikel 27 Abs. 1 Satz 1 erklärt sie in Übereinstimmung mit Artikel 6 Abs. 3, daß sie die Anwendung von Artikel 6 Abs. 1 lit. b ausschließt, auch in den Fällen des Artikel 13 Abs. 2: Die zentrale Behörde kann es ablehnen, tätig zu werden, solange Mitteilungen oder beizufügende Schriftstücke nicht in deutscher Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sind.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 17 Abs. 1, daß in den von den Artikeln 8 und 9 erfaßten Fällen die Anerkennung und Vollstreckung von Sorgerechtsentscheidungen ausgeschlossen ist, wenn die in Artikel 10 Abs. 1 lit. a oder b vorgesehenen Gründe vorliegen.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäß Artikel 2 Abs. 3:

Die Aufgaben der zentralen Behörde (Artikel 2 Abs. 1) nimmt

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, zentrale Behörde nach dem Sorgerechtsübereinkommens-Ausführungsgesetz,

Neuenburger Straße 15,
1000 Berlin 61

Postanschrift:
Postfach 11 06 29,
D-1000 Berlin 11
wahr.“

Vranitzky

43.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein vom 17. März 1960 zur Feststellung der Staatsgrenze und Erhaltung der Grenzzeichen

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und
Seine Durchlaucht der Regierende Fürst von und zu
Liechtenstein
sind übereingekommen, den am 17. März 1960 *)
abgeschlossenen Vertrag zur Feststellung der
Staatsgrenze und Erhaltung der Grenzzeichen —
im folgenden Vertrag genannt — abzuändern und
zu ergänzen, und haben hiefür zu ihren Bevoll-
mächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich
Herrn Dr. Erich Kussbach,
Gesandter im Bundesministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Seine Durchlaucht der Regierende Fürst von und zu
Liechtenstein

Herrn Dr. Norbert Marxer,
Leiter des Rechtsdienstes der Regierung

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer
in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten
folgendes vereinbart:

Artikel I

Der Vertrag wird wie folgt geändert:

1. Artikel 8 lautet:

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dafür
zu sorgen, daß beiderseits der Grenzlinie ein
Streifen von 1 m Breite und um jedes neben die
Grenzlinie gesetzte Grenzzeichen (indirekte Ver-
markung) ein Kreis mit dem Radius von 1 m von
Bäumen, Sträuchern und anderen, die Sichtbarkeit
der Grenzzeichen und des Verlaufes der Staats-
grenze beeinträchtigenden Pflanzen freigehalten
werden. Diese Bestimmung findet auf Bann- und
Schutzwälder keine Anwendung.

(2) Die Kommission (Artikel 11) kann in
besonderen Fällen Ausnahmen von den Bestimmun-
gen des Absatzes 1, erster Satz, zulassen, wenn und
solange die Erkennbarkeit der Staatsgrenze nicht
beeinträchtigt wird.

(3) Die Eigentümer und sonstigen Nutzungsbe-
rechtigten der an oder in der Nähe der Staatsgrenze
liegenden Grundstücke sind verpflichtet, den
Zugang zu den im Absatz 1 erwähnten Gebietsteilen
nicht zu behindern.

(4) Entschädigungsansprüche auf Grund von
Arbeiten und Maßnahmen nach Absatz 1 sind gegen
den Vertragsstaat geltend zu machen, auf dessen
Hoheitsgebiet die Grundstücke liegen, und nach
dessen Recht zu beurteilen.

2. Artikel 11 lautet:

(1) Zur Durchführung der nach diesem Vertrag
erforderlichen Aufgaben wird die Österreichisch-
Liechtensteinische Grenzkommision — im Vertrag
Kommision genannt — eingesetzt. Die Kommis-
sion gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst.

(2) Die Kommission besteht aus einer österreichi-
schen und einer liechtensteinischen Delegation von
je vier Mitgliedern. Jeder Vertragsstaat bestellt
einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie
die übrigen Mitglieder und deren Stellvertreter. Jede
Seite kann Experten und Hilfskräfte beiziehen. Die
Vorsitzenden sind berechtigt, unmittelbar miteinander
in Verbindung zu treten.

(3) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten der von
ihm bestellten Mitglieder einschließlich der Kosten
der von ihm beigezogenen Experten und Hilfs-
kräfte.

(4) Die Kommission tritt zu Tagungen und
Grenzbesichtigungen zusammen, wenn sie es selbst
beschließt oder wenn es einer der Vertragsstaaten
auf diplomatischem Wege verlangt. Die Kommis-
sion tritt, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, zu
ihren Tagungen abwechselnd auf dem Hoheitsge-
biet eines der beiden Vertragsstaaten zusammen.

(5) Die Tagungen werden vom Vorsitzenden der
Delegation des Vertragsstaates geleitet, auf dessen
Hoheitsgebiet die Tagung stattfindet. Die Grenzbe-
sichtigungen werden von den Vorsitzenden der
beiden Delegationen gemeinsam geleitet.

(6) Über jede Tagung und jede Grenzbesichti-
gung ist eine Niederschrift in zwei Originalen zu
verfassen. Diese sind von den Vorsitzenden beider
Delegationen zu unterzeichnen.

(7) Zu einem Beschluß der Kommission ist die
Übereinstimmung der beiden Delegationen erfor-
derlich.

(8) Die Kommission ist nicht befugt, den Verlauf
der Staatsgrenze zu ändern, sie kann jedoch

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 228/1960

Vorschläge zur Änderung der Staatsgrenze den Vertragsstaaten unterbreiten.

3. Artikel 12 lautet:

(1) Die Vertragsstaaten werden die Grenzzeichen in der Regel in Zeitabständen von zehn Jahren einer periodischen Revision unterziehen.

(2) Im Zuge der periodischen Revision sind der Zustand der Grenzvermarkung zu überprüfen und die Behebung allfälliger Mängel zu veranlassen. Insbesondere können, wo dies erforderlich ist, zusätzliche Grenzzeichen gesetzt, Grenzzeichen auf sichere Stellen versetzt und direkte Vermarkungen der Grenzlinie in indirekte abgeändert werden oder umgekehrt.

(3) Die Vertragsstaaten werden überdies Vermarkungsschäden laufend einander mitteilen. Deren Behebung wird durch die Kommission veranlaßt.

(4) Über sämtliche Arbeiten sind Niederschriften und erforderlichenfalls Feldskizzen zu verfassen, die von der Kommission zu genehmigen sind. Bei Änderungen und Ergänzungen der Vermarkung sowie bei Berichtigungen von Fehlern im Grenzurkundenwerk ist durch die Kommission eine Urkunde „Ergänzung und Berichtigung des Grenzurkundenwerkes“ zu erstellen.

(5) Die Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten von an oder in der Nähe der Staatsgrenze liegenden Grundstücken sowie ober- und unterirdischen Bauten und Anlagen sind verpflichtet, die zur Durchführung der nach den Absätzen 1, 2 und 3 sowie nach Artikel 10 erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen, insbesondere das Setzen oder Anbringen von Grenz- und Vermessungszeichen, zu dulden.

(6) Die Vermessungs- und Vermarktungsarbeiten sind unter möglichster Schonung bestehender öffentlicher und privater Interessen vorzunehmen.

(7) Entschädigungsansprüche auf Grund von Arbeiten und Maßnahmen nach Absatz 5 sind gegen den Vertragsstaat geltend zu machen, auf dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke, Bauten und Anlagen liegen, und nach dessen Recht zu beurteilen.

4. Artikel 16 entfällt.

5. Artikel 17 lautet:

Personen, die zu Arbeiten und Maßnahmen nach diesem Vertrag an der Staatsgrenze eingesetzt werden, sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Staatsgrenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübertrittsstellen zu überschreiten. Sie haben ein Reisedokument, das zum Grenzübertritt berechtigt, sowie einen schriftlichen Dienstauftrag mit sich zu führen.

Artikel II

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Vaduz ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Monats in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN ZU Wien, am 3. Mai 1990, in zwei Urschriften.

Für die Republik Österreich:

Dr. Erich Kussbach

Für das Fürstentum Liechtenstein:

Dr. Norbert Marxer

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 13. Dezember 1990 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. II Abs. 2 mit 1. März 1991 in Kraft.

Vranitzky

44.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

VERTRAG

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK POLEN ÜBER DIE WECHSELSEITIGE VOLLZIEHUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN STRAFSACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Republik Polen,

UMOWA

MIEDZY REPUBLIKĄ AUSTRII A RZECZĄPOSPOLITĄ POLSKĄ O WZAJEMNYM WYKONYWANIU ORZECZEŃ SADOWYCH W SPRAWACH KARNYCH

Związkowy prezydent Republiki Austrii i Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej

Vom Wunsche geleitet, die rechtlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu erleichtern, sowie im Bestreben, die Resozialisierung von Verurteilten zu fördern,

Sind übereingekommen, einen Vertrag über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Herrn Dr. Egmont Foregger,
Bundesminister für Justiz,

Der Präsident der Republik Polen:
Herrn Aleksander Bentkowski,
Minister für Justiz,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

kierując się pragnieniem rozwoju stosunków prawnych między obydwojma Państwami i ułatwienia obrotu prawnego między nimi,

dając do umożliwienia skazanym skuteczniejszej resocjalizacji postanowili zawrzeć Umowę o wzajemnym wykonywaniu orzeczeń sądowych w sprawach karnych i w tym celu wyznaczyli swoich Pełnomocników:

Związkowy prezydent Republiki Austrii:
Pana dr Egmonta Foreggera — Związkowego Ministra Sprawiedliwości

Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej:
Pana Aleksandra Bentkowskiego — Ministra Sprawiedliwości

kótrzy po wymianie swoich pełnomocnictw, uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, uzgodnili co następuje:

TEIL I

DEFINITIONEN

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“:

1. in der Republik Österreich: die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher oder für gefährliche Rückfalltäter;
2. in der Republik Polen: die Einlieferung in ein psychiatrisches Krankenhaus oder in eine andere entsprechende Anstalt oder in eine Anstalt für Entwöhnungsbedürftige.

(2) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion“:

1. in der Republik Österreich: die gänzliche oder teilweise bedingte Nachsicht einer Freiheitsstrafe, die bedingte Nachsicht einer vorbeugenden Maßnahme, die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe oder aus einer vorbeugenden Maßnahme sowie den Schuldspruch unter Vorbehalt der Strafe sowie die bedingte Einstellung des Verfahrens.
2. in der Republik Polen: die bedingte Nachsicht der Freiheitsstrafe, die bedingte vorzeitige Entlassung und die bedingte Einstellung des Verfahrens.

(3) Im Sinne dieses Vertrages bedeuten die Ausdrücke:

ROZDZIAŁ I

DEFINICJE

Artykuł 1

1. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „środek zabezpieczający“ oznacza:

- 1) w Republice Austrii — umieszczenie w zakładzie dla sprawców z zaburzeniami psychicznymi, umieszczenie w zakładzie dla sprawców wymagających leczenia odwykowego lub umieszczenie w zakładzie dla niebezpiecznych recydywistów.
- 2) W Rzeczypospolitej Polskiej — umieszczenie sprawcy w szpitalu psychiatrycznym albo w innym odpowiednim zakładzie i umieszczenie sprawcy w zakładzie leczenia odwykowego.

2. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „warunkowa sankcja karna“ oznacza:

- 1) W Republice Austrii — całkowite lub częściowe warunkowe zawieszenie wykonania kary pozbawienia wolności, warunkowe zawieszenie wykonania środków zabezpieczających, warunkowe zwolnienie z odbycia kary pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających oraz orzeczenie o winie bez wymierzenia kary i warunkowe umorzenie postępowania.
- 2) W Rzeczypospolitej Polskiej — warunkowe zawieszenie wykonania kary pozbawienia wolności, warunkowe przedterminowe zwolnienie z odbycia reszty kary pozbawienia wolności i warunkowe umorzenie postępowania.
3. W rozumieniu niniejszej Umowy następujące wyrażenia oznaczają:

„Urteilsstaat“ den Staat, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist, welche die Sanktion enthält, die im anderen Staat vollzogen oder überwacht werden soll;

„Vollstreckungsstaat“ den Staat, der die Vollziehung der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme übernommen hat oder übernehmen soll;

„Überwachungsstaat“ den Staat, der die Überwachung der bedingt nachgesehenen strafrechtlichen Sanktion übernommen hat oder übernehmen soll.

„Państwo wydania wyroku“ — państwo, w którym zostało wydane orzeczenie sądowe zawierające sankcję, która ma być wykonania lub objęta dozorem w drugim państwie,

„Państwo wykonania wyroku“ — państwo, które przejęło lub ma przejąć wykonanie kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających

„Państwo sprawujące dozór“ — państwo, które sprawuje lub ma sprawować dozór nad wykonaniem warunkowej sankcji karnej.

TEIL II

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Allgemeiner Grundsatz

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich wechselseitig nach den Bestimmungen dieses Vertrages auf Ersuchen zur:

1. Übernahme der Vollziehung rechtskräftiger Entscheidungen in Strafsachen, mit denen Gerichte eines Vertragsstaates über Angehörige des anderen Vertragsstaates eine Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme verhängt haben;
2. Übernahme der Überwachung der Angehörigen eines Vertragsstaates, über die von Gerichten des anderen Vertragsstaates die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion innerhalb einer Probezeit rechtskräftig ausgesprochen wurde.

(2) Ersuchen nach Abs. 1 werden von dem Vertragsstaat gestellt, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist. Hiedurch wird jedoch das Recht des anderen Vertragsstaates, beim Urteilsstaat ein Ersuchen nach Abs. 1 anzulegen, nicht eingeschränkt.

Recht des Verurteilten

Artikel 3

Der Verurteilte selbst, sein gesetzlicher oder bevollmächtigter Vertreter, sein Ehegatte, seine Verwandten in gerader Linie oder seine Geschwister können bei jedem der beiden Vertragsstaaten ein Vorgehen nach Art. 2 anregen. Jeder Verurteilte, auf den dieser Vertrag Anwendung finden kann, wird durch den Urteilsstaat vom wesentlichen Inhalt dieses Vertrages unterrichtet.

Voraussetzung der gerichtlichen Strafbarkeit

Artikel 4

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nur übernommen, wenn die der Entscheidung

ROZDZIAŁ II

POSTANOWIENIA OGÓLNE

Zasada ogólna

Artykuł 2

1. Umawiające się Państwa zobowiązują się wzajemnie na wniosek, zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy do:

- 1) przejmowania wykonania orzeczeń w sprawach karnych, na mocy których sądy jednego Umawiającego się Państwa orzekły prawomocnie wobec obywateli drugiego Umawiającego się Państwa karę pozbawienia wolności lub środków zabezpieczające;
- 2) obejmowania dozorem w okresie obywateli jednego Umawiającego się Państwa, wobec których sądy drugiego Umawiającego się Państwa orzekły prawomocnie warunkową sankcję karną.

2. Z wnioskami, o których mowa w ustępie 1 występuje Państwo wydania wyroku. Nie ogranicza to jednak prawa drugiego Umawiającego się Państwa do występowania z inicjatywą, aby Państwo wydania wyroku wystąpiło z wnioskiem zgodnie z ustępem 1.

Prawo skazanego

Artykuł 3

Skazany, jego przedstawiciel ustawowy, pełnomocnik, współmałżonek, krewni w linii prostej lub rodzeństwo mogą występować z inicjatywą podjęcia czynności o których mowa w artykule 2 do każdego z Umawiających się Państw. Każdy skazany, do którego może mieć zastosowanie niniejsza Umowa, zostanie powiadomiony przez Państwo wydania wyroku o istotnych postanowieniach niniejszej Umowy.

Wymóg karalności sądowej

Artykuł 4

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nastąpi tylko w wypadku, gdy czyn

zugrunde liegende Handlung auch nach dem Recht des ersuchten Staates mit gerichtlicher Strafe bedroht ist oder bedroht wäre, wenn sie auf dem Gebiet des ersuchten Staates begangen worden wäre.

Politische strafbare Handlungen

Artikel 5

(1) Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrunde liegende Handlung nach Ansicht des ersuchten Staates eine strafbare Handlung politischen Charakters darstellt.

(2) Eine strafbare Handlung, bei welcher unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der Beweggründe, der Art der Begehung, der angewendeten oder angedrohten Mittel oder der Schwere der eingetretenen oder beabsichtigten Folgen, der kriminelle Charakter der Tat den politischen überwiegt, wird nicht als strafbare Handlung politischen Charakters betrachtet.

Militärische strafbare Handlungen

Artikel 6

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrunde liegende Handlung nach Ansicht des ersuchten Staates ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten besteht.

Fiskalische strafbare Handlungen

Artikel 7

In Strafsachen wegen fiskalischer strafbarer Handlungen darf die Übernahme der Vollziehung oder der Überwachung nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates keine Abgaben-, Zoll- oder Monopolvorschriften oder keine Vorschriften über den Devisenverkehr, die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des Urteilsstaates enthält.

Verjährung

Artikel 8

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Vollstreckbarkeit der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme nach dem Recht eines der beiden Vertragsstaaten verjährt ist.

Ausnahmerichter

Artikel 9

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Entscheidung von einem Ausnahmerichter getroffen worden ist.

stanowiący podstawę orzeczenia jest karalny sądownie również według prawa Państwa wezwanego lub byłby karalny sądownie, gdyby czyn taki został popełniony na terytorium Państwa wezwanego.

Przestępstwa polityczne

Artykuł 5

1. Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli czyn stanowiący podstawę orzeczenia jest zdaniem Państwa wezwanego przestępstwem o charakterze politycznym.

2. Nie będzie uważane za przestępstwo o charakterze politycznym takie przestępstwo, które przy wzięciu pod uwagę wszystkich okoliczności konkretnego wypadku, a w szczególności: pobudek działania, sposobu dokonania czynu, środków użytych lub których użyciem grożono, jak również skutków rzeczywistych lub zamierzonych, ma bardziej charakter kryminalny niż polityczny.

Przestępstwa wojskowe

Artykuł 6

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli czyn stanowiący podstawę orzeczenia polega zdaniem Państwa wezwanego wyłącznie na naruszeniu obowiązków wojskowych.

Przestępstwa skarbowe

Artykuł 7

W sprawach o przestępstwa skarbowe nie może nastąpić odmowa przejęcia wykonania orzeczenia lub objęcia dozorem z tego tylko powodu, że prawo Państwa wykonania wyroku nie zawiera przepisów dotyczących danin publicznych, cel, monopoli lub obrotu dewizowego albo przepisów o handlu zagranicznym lub reglamentacji towarów tego samego rodzaju, które są zawarte w prawie Państwa wydania wyroku.

Przedawnienie

Artykuł 8

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wykonanie kary lub środków zabezpieczających uległo przedawnieniu według prawa jednego z Umawiających się Państw.

Sądy szczególne

Artykuł 9

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wyrok został wydany przez sąd szczególny.

Abwesenheitsurteile

Artikel 10

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Entscheidung in Abwesenheit des Verurteilten ergangen ist.

Ne bis in idem

Artikel 11

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn der Verurteilte im ersuchten Staat wegen derselben Handlung bereits rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist.

Ordre public

Artikel 12

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn sie nach Ansicht des ersuchten Staates seine öffentliche Ordnung oder Grundsätze seiner Rechtsordnung gefährdet.

TEIL III

ÜBERNAHME DER VOLLZIEHUNG VON FREIHEITSSTRAFEN UND VORBEUGENDEN MASSNAHMEN

Voraussetzungen der Übernahme

Artikel 13

(1) Die Vollziehung kann nur mit Zustimmung des Verurteilten übernommen werden. Ist der Verurteilte zu einer rechtsgültigen Zustimmung nicht fähig, so ist die Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters einzuholen.

(2) Die Vollziehung wird nicht übernommen, wenn sich der Verurteilte im Urteilsstaat in Haft befindet und am Tag des Einlangens des Ersuchens eine vier Monate nicht übersteigende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen ist. Zur Beurteilung dieser Voraussetzung werden mehrere Freiheitsstrafen oder vorbeugende Maßnahmen oder ihre zu vollziehenden Reste zusammengerechnet. Ist die Dauer des Vollzuges der vorbeugenden Maßnahme unbestimmt, so ist der Tag maßgebend, zu dem sie nach dem Recht des Urteilsstaates spätestens aufzuheben ist.

Erledigung des Ersuchens

Artikel 14

Der ersuchte Staat verständigt so bald wie möglich den Urteilsstaat, inwieweit dem Ersuchen um

Wyroki wobec nieobecnych

Artykuł 10

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wyrok został wydany pod nieobecność skazanego.

Zasada powagi rzeczy osądzonej

Artykuł 11

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli skazany został w Państwie wezwanym prawomocnie skazany lub uniewinniony za ten sam czyn.

Zasada porządku publicznego

Artykuł 12

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli zdaniem Państwa wezwanego naruszałoby to jego porządek publiczny lub zasady porządku prawnego.

ROZDZIAŁ III

PRZEJĘCIE WYKONANIA KARY POZBAWIENIA WOLNOŚCI LUB ŚRODKÓW ZABEZPIECZAJĄCYCH

Przesłanki przejścia

Artykuł 13

1. Przejęcie wykonania orzeczenia może nastąpić tylko za zgodą skazanego. Jeżeli skazany nie jest zdolny do wyrażenia skutecznej prawnie zgody, to musi ją wyrazić jego przedstawiciel ustawowy.

2. Przejęcie wykonania orzeczenia nie nastąpi, jeżeli skazany jest pozbawiony wolności w Państwie wydania wyroku i w dniu wplynięcia wniosku pozostała do odbycia kara pozbawienia wolności lub środek zabezpieczający nie przekraczające 4 miesięcy. Przy ocenie tej przesłanki dodaje się wszystkie kary pozbawienia wolności i środki zabezpieczające albo ich części pozostałe do wykonania. Jeżeli czas trwania środków zabezpieczających nie został określony to przyjmuje się dzień, w którym według prawa Państwa wydania wyroku doszłoby najpóźniej do ich uchylenia.

Rozstrzygnięcie wniosku

Artykuł 14

Państwo wykonania wyroku zawiadamia w możliwie krótkim czasie Państwo wydania wyroku

Übernahme der Vollziehung stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

w jakim zakresie wniosek o przejęcie wykonania orzeczenia został uwzględniony. Całkowita lub częściowa odmowa wymaga uzasadnienia.

Durchführung der Vollziehung

Artikel 15

(1) Wird die Vollziehung übernommen, so setzen die Gerichte des Vollstreckungsstaates unter weitestgehender Bedachtnahme auf die im Urteilsstaat ausgesprochene Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme die nach ihrem Recht zu vollziehende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme fest.

(2) Durch die Vollziehung im Vollstreckungsstaat darf der Verurteilte in keinem Fall schlechter gestellt werden als im Falle der weiteren Vollziehung im Urteilsstaat.

(3) Die Vollziehung einschließlich der bedingten Entlassung richtet sich nach dem Recht des Vollstreckungsstaates. Für den Verurteilten günstigere Rechtsvorschriften des Urteilsstaates betreffend die bedingte Entlassung werden jedoch angewendet.

(4) In die im Vollstreckungsstaat zu verbüßende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme wird die im Urteilsstaat bereits verbüßte eingerechnet.

Teilweise Vollziehung

Artikel 16

Liegen der Verurteilung mehrere Handlungen zugrunde, kann die Vollziehung aber nur wegen des auf einzelne Handlungen entfallenden Teiles der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme erfolgen, so wird das Gericht des Vollstreckungsstaates im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 15 den zu vollziehenden Teil bestimmen, der auf diese Handlungen entfällt.

Wirkungen der Vollziehung

Artikel 17

(1) Während der Vollziehung der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme im Vollstreckungsstaat setzt der Urteilsstaat keine weiteren Vollziehungsmaßnahmen.

(2) Der Urteilsstaat ist berechtigt, den Rest der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme

Wykonywanie orzeczeń

Artykuł 15

1. Jeżeli nastąpi przejęcie wykonania orzeczenia to sądy Państwa wykonania wyroku określą według swego prawa podlegającą wykonaniu karę pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające, biorąc pod uwagę w możliwie największym stopniu karę pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające orzeczone w Państwie wydania wyroku.

2. Na skutek przejęcia wykonania orzeczenia przez Państwo wykonania wyroku, skazany nie może być w żadnym wypadku w sytuacji bardziej niekorzystnej od tej, w jakiej by się znajdował w razie dalszego wykonywania orzeczenia w Państwie wydania wyroku.

3. Wykonanie orzeczenia włącznie z warunkowym zwolnieniem następuje zgodnie z prawem Państwa wykonania wyroku. Jeżeli przepisy prawa Państwa wydania wyroku dotyczące warunkowego zwolnienia są dla skazanego korzystniejsze podlegają one zastosowaniu.

4. Na poczet kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających zalicza się w Państwie wykonania wyroku okres pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających w Państwie wydania wyroku.

Wykonanie części orzeczenia

Artykuł 16

Jeżeli nastąpiło skazanie za więcej niż jedno przestępstwo, a przejęcie wykonania orzeczenia dotyczy tylko kary pozbawienia wolności lub środka zabezpieczającego, odnoszących się do niektórych z tych przestępstw, to sąd Państwa wykonania wyroku określi w postępowaniu, o którym mowa w artykule 15 karę pozbawienia wolności lub środek zabezpieczający, podlegające wykonaniu w odniesieniu do tych przestępstw.

Skutki przejęcia wykonania

Artykuł 17

1. W czasie wykonywania kary pozbawienia wolności lub środka zabezpieczającego w Państwie wykonania wyroku, Państwo wydania wyroku nie podejmuje dalszych czynności związanych z ich wykonaniem.

2. Państwo wydania wyroku jest uprawnione do wykonania pozostałej części kary lub środka

zu vollziehen, wenn sich der Verurteilte der Vollziehung im Vollstreckungsstaat entzieht und diesen verläßt. Der Vollstreckungsstaat setzt den Urteilsstaat von diesen Umständen unverzüglich in Kenntnis.

(3) Die in Abs. 2 genannte Berechtigung des Urteilsstaates erlischt endgültig, wenn die Freiheitsstrafe oder die vorbeugende Maßnahme verbüßt oder endgültig nachgesehen worden ist.

Gnadenmaßnahmen, Amnestien

Artikel 18

(1) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Vollstreckungsstaat ergriffen werden. Der Urteilsstaat kann dem Vollstreckungsstaat Gnadenmaßnahmen empfehlen. Auf diese Empfehlung wird im Vollstreckungsstaat wohlwollend Bedacht genommen werden. Unberührt bleibt das Recht des Urteilsstaates, Gnadenmaßnahmen mit Wirksamkeit für seinen Rechtsbereich zu ergreifen.

(2) Sowohl eine im Urteilsstaat als auch eine im Vollstreckungsstaat ergangene Amnestie sind vom Vollstreckungsstaat zugunsten des Verurteilten anzuwenden.

Aufhebung oder Änderung gerichtlicher Entscheidungen

Artikel 19

Für eine Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidungen, deren Vollziehung übernommen wurde, ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Mitteilungen

Artikel 20

(1) Die Vertragsstaaten verständigen einander so bald wie möglich von allen Umständen, die auf die Vollziehung Einfluß haben könnten.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Vollstreckungsstaat insbesondere von einer Amnestie oder einer Aufhebung oder Abänderung gerichtlicher Entscheidungen, deren Vollstreckung übernommen wurde.

(3) Der Vollstreckungsstaat verständigt den Urteilsstaat insbesondere von der Beendigung der Vollziehung.

Überstellung

Artikel 21

(1) Befindet sich der Verurteilte auf dem Gebiet des Urteilsstaates, so wird dieser sobald wie möglich alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um

zubeziehendes, jeżeli skazany uchylając się od wykonania orzeczenia w Państwie wykonania wyroku opuścił jego terytorium. Państwo wykonania wyroku zawiadamia niezwłocznie Państwo wydania wyroku o tych okolicznościach.

3. Uprawnienie Państwa wydania wyroku, o którym mowa w ustępie 2, wygasa ostatecznie, jeżeli kara pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające zostały wykonane lub darowane.

Ułaskawienie i amnestia

Artykuł 18

1. Ułaskawienie skazanego może nastąpić w Państwie wykonania wyroku. Państwo wydania wyroku może zwrócić się do Państwa wykonania wyroku z postulatem ułaskawienia. Postulat ten będzie zyczliwie potraktowany przez Państwo wykonania wyroku. Nie narusza to prawa Państwa wydania wyroku do ułaskawienia ze skutecznością na swoim terytorium.

2. Państwo wykonania wyroku stosuje wobec skazanego amnestię wydaną zarówno w Państwie wykonania wyroku jak i w Państwie wydania wyroku.

Uchylenie lub zmiana orzeczenia

Artykuł 19

Do uchylenia lub zmiany orzeczenia przejętego do wykonania właściwe wyłącznie jest Państwo wydania wyroku.

Zawiadomienia

Artykuł 20

1. Umawiające się Państwa zawiadamiają się wzajemnie w możliwie krótkim czasie, o wszystkich okolicznościach, które mogłyby mieć wpływ na wykonanie orzeczenia.

2. Państwo wydania wyroku zawiadamia Państwo wykonania wyroku w szczególności o amnestii oraz uchyleniu lub zmianie orzeczenia przejętego do wykonania.

3. Państwo wykonania wyroku zawiadamia Państwo wydania wyroku w szczególności o wykonaniu orzeczenia.

Przekazanie

Artykuł 21

1. Jeżeli skazany przebywa na terytorium Państwa wydania wyroku, Państwo to podejmie w możliwie krótkim czasie wszelkie konieczne

den Verurteilten den Behörden des ersuchten Staates zu übergeben.

(2) Der Urteilsstaat und der Vollstreckungsstaat pflegen das Einvernehmen über Zeit und Ort der Übergabe des Verurteilten an die Behörden des Vollstreckungsstaates oder erforderlichenfalls an die Behörden eines Durchbeförderungsstaates.

(3) Die von einem Vertragsstaat beigestellten Begleitpersonen, die den Verurteilten auf dem Luftweg in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zu bringen oder aus diesem abzuholen haben, sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bis zur Übergabe oder nach der Übernahme des Verurteilten die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um sein Entweichen zu verhindern.

(4) Der Urteilsstaat kann nach der Übernahme der Vollziehung durch den Vollstreckungsstaat die Übergabe des Verurteilten aufschieben, um ein Strafverfahren wegen einer anderen strafbaren Handlung durchzuführen oder eine wegen einer anderen strafbaren Handlung ausgesprochene Strafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen.

środki do przekazania skazanego organom Państwa wykonania wyroku.

2. Państwo wydania wyroku i Państwo wykonania wyroku porozumiewają się co do czasu i miejsca przekazania skazanego organom Państwa wykonania wyroku, a w miarę konieczności organom państwa tranzytowego.

3. Osoby eskortujące jednego z Umawiających się Państw, które mają doprowadzić drogą powietrzną skazanego na terytorium drugiego Umawiającego się Państwa lub jego z terytorium odebrać, są uprawnione do zastosowania na terytorium drugiego Umawiającego się Państwa niezbędnych środków w celu uniemożliwienia ucieczki skazanego, aż do jego przekazania lub po jego przejściu.

4. Państwo wydania wyroku może po przejęciu wykonania orzeczenia przez Państwo wykonania wyroku odroczyć przekazanie skazanego w celu przeprowadzenia postępowania karnego w związku z innym przestępstwem albo w celu wykonania kary pozbawienia wolności lub środka zabezpieczającego orzeczonych przez jej sądy za inne przestępstwo.

Spezialität

Artikel 22

(1) Wird ein Verurteilter in Anwendung dieses Vertrages aus dem Urteilsstaat in den Vollstreckungsstaat überstellt, so darf er dort wegen einer vor seiner Übergabe begangenen Handlung, auf die sich die Bewilligung nicht bezieht, weder verfolgt noch abgeurteilt oder irgendeiner Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(2) Die Beschränkung nach Abs. 1 entfällt,

1. wenn der Urteilsstaat der Strafverfolgung oder Vollziehung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme zustimmt;
2. wenn der überstellte Verurteilte sich nach seiner endgültigen Entlassung länger als 45 Tage im Vollstreckungsstaat aufhält, obwohl er ihn verlassen konnte und durfte, oder wenn er nach Verlassen dieses Staates freiwillig dahin zurückgekehrt ist.

(3) Auf die Zustimmung nach Abs. 2 Z 1 sind die Bestimmungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Auslieferung vom 27. Februar 1978 *) sinngemäß anzuwenden.

Zasada specjalności

Artykuł 22

1. Jeżeli skazany został przekazany zgodnie z niniejszą umową z Państwa wydania wyroku do Państwa wykonania wyroku nie może być on ściągany, skazany ani poddany w inny sposób ograniczeniu wolności w związku z czynem popełnionym przed przekazaniem, którego nie dotyczy zgoda na przejęcie wykonania.

2. Ograniczeń, o których mowa w ustępie 1, nie stosuje się jeżeli:

- 1) Państwo wydania wyroku wyrazi zgodę na wszczęcie postępowania karnego, wykonanie kary lub środków zabezpieczających;
- 2) przekazany skazany pozostał w Państwie wykonania wyroku dłużej niż 45 dni po ostatecznym zwolnieniu, chociaż miał prawo i mógł terytorium tego Państwa opuścić, albo gdy po opuszczeniu tego Państwa dobrowolnie tam powrócił.

3. Do zgody, o której mowa w ustępie 2 punkt 1 stosuje się odpowiednio postanowienia Umowy między Republiką Austrii a Rzeczpospolitą Polską o ekstradycji, podpisanej w Wiedniu dnia 27 lutego 1978 r.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 146/1980

TEIL IV ÜBERWACHUNG

Ersuchen um Überwachung

Artikel 23

(1) Wird über einen Angehörigen eines Vertragsstaates von einem Gericht des anderen Vertragsstaates unter Setzung einer Probezeit die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion ausgesprochen, so kann der Vertragsstaat, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist, den Vertragsstaat, dessen Angehöriger der Verurteilte ist, um die Überwachung ersuchen.

(2) Der Überwachungsstaat verständigt den Urteilsstaat sobald wie möglich davon, inwieweit dem Überwachungsersuchen stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Überwachungsmaßnahmen

Artikel 24

(1) Die Überwachung besteht einerseits in der Anordnung der nach dem Recht des Überwachungsstaates vorgesehenen Maßnahmen, die auf eine Wiederanpassung des Verurteilten an das Leben in der Gemeinschaft abzielen, und andererseits in der Beaufsichtigung der Führung, um sicherzustellen, daß erforderlichenfalls die bedingte Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion widerrufen werden kann.

(2) Die Überwachung richtet sich nach dem Recht des Überwachungsstaates.

(3) Bei der Anordnung der zur Überwachung erforderlichen Maßnahmen wird soweit wie möglich auf die im Urteilsstaat angeordneten Maßnahmen Bedacht genommen.

(4) Die im Überwachungsstaat angeordneten Überwachungsmaßnahmen dürfen ihrer Art und Dauer nach in keinem Fall strenger sein als die im Urteilsstaat ausgesprochenen.

Wirkungen der Überwachung

Artikel 25

(1) Während der Überwachung im Überwachungsstaat setzt der Urteilsstaat keine weiteren Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Das Recht des Urteilsstaates auf Vollstreckung erlischt endgültig, wenn in der Probezeit kein Umstand eingetreten ist, der nach dem Recht des Urteilsstaates den Widerruf der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion bewirkt.

ROZDZIAŁ IV OBJĘCIE DOZOREM

Wniosek o objęcie dozorem

Artykuł 23

1. Jeżeli wobec obywatela jednego Umawiającego się Państwa sąd drugiego Umawiającego się Państwa orzekł warunkową sankcję karną z określonym okresem próby, to Państwo wydania wyroku może wystąpić z wnioskiem o objęcie dozorem w Państwie, którego obywatelem jest skazany.

2. Państwo sprawujące dozór zawiadamia w możliwie krótkim czasie Państwo wydania wyroku w jakim zakresie wniosek o objęcie dozorem został uwzględniony. Całkowita lub częściowa odmowa wymaga uzasadnienia.

Środki dozoru

Artykuł 24

1. Objęcie dozorem polega na ustanowieniu środków przewidzianych przez prawo Państwa sprawującego dozór mających na celu przystosowanie osoby skazanej do życia w społeczeństwie oraz na kontroli postępowania skazanego, aby w razie konieczności podjąć decyzję o uchyleniu warunkowej sankcji karnej.

2. Dozór jest sprawowany zgodnie z prawem Państwa sprawującego dozór.

3. Przy ustanawianiu środków dozoru zostaną wzięte pod uwagę w możliwie największym stopniu środki orzeczone w Państwie wydania wyroku.

4. Środki dozoru ustanowione w Państwie sprawującym dozór nie mogą być w żadnym wypadku surowsze, tak co do ich rodzaju, jak i czasu trwania, od środków orzeczonych w Państwie wydania wyroku.

Skutki objęcia dozorem

Artykuł 25

1. W czasie wykonywania dozoru w Państwie sprawującym dozór, Państwo wydania wyroku nie podejmuje dalszych czynności związanych z wykonaniem wyroku.

2. Uprawnienie Państwa wydania wyroku do wykonania wyroku wygasa ostatecznie, jeżeli w okresie próby nie zaszła okoliczność, która zgodnie z prawem Państwa wydania wyroku mogłaby doprowadzić do uchylenia warunkowej sankcji karnej.

Gnadenmaßnahmen, Amnestien,
Widerruf der bedingten Nachsicht

Artikel 26

(1) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Urteilsstaat ergriffen werden. Der Überwachungsstaat kann dem Urteilsstaat Gnadenmaßnahmen empfehlen. Auf diese Empfehlung wird im Urteilsstaat wohlwollend Bedacht genommen werden.

(2) Sowohl eine im Urteilsstaat als auch eine im Überwachungsstaat ergangene Amnestie sind zugunsten des Verurteilten anzuwenden.

(3) Für einen Widerruf oder eine Änderung der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Mitteilungen

Artikel 27

(1) Die Vertragsstaaten verständigen einander sobald wie möglich von allen Umständen, die die Überwachung betreffen.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Überwachungsstaat insbesondere von einer Gnadenmaßnahme, einer Amnestie sowie einem Widerruf oder einer Änderung der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion.

(3) Der Überwachungsstaat verständigt den Urteilsstaat insbesondere von den Überwachungsmaßnahmen, die gegen den Verurteilten getroffen wurden, sowie von allen Umständen, die einen Widerruf der bedingten Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion bewirken könnten, sowie von einer Amnestie. Bei Ablauf der Probezeit wird die Beendigung der Überwachung mitgeteilt.

(4) Widerruft der Urteilsstaat die bedingte Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion, so steht es ihm frei, den Überwachungsstaat auf Grund dieses Vertrages um die Vollziehung der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme zu ersuchen.

TEIL V VERFAHREN

Ersuchen und Unterlagen

Artikel 28

(1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.

(2) Dem Ersuchen sind anzuschließen:

1. eine mit der Bestätigung der Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit versehene Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift (Kopie) der gerichtlichen Entscheidung;

Ułaskawienie, amnestia i uchylene
warunkowej sankcji karnej

Artykuł 26

1. Ułaskawienie skazanego może nastąpić w Państwie wydania wyroku. Państwo sprawujące dozór może zwrócić się do Państwa wydania wyroku z postulatem ułaskawienia. Postulat ten będzie zyczliwie potraktowany przez Państwo sprawujące dozór.

2. Wobec skazanego stosuje się amnestię wydaną zarówno w Państwie sprawującym dozór jak i w Państwie wydania wyroku.

3. Do uchylenia lub zmiany warunkowej sankcji karnej właściwe wyłącznie jest Państwo wydania wyroku.

Zawiadomienia

Artykuł 27

1. Umawiające się Państwa zawiadamiają się wzajemnie w możliwie krótkim czasie o wszystkich okolicznościach dotyczących sprawowanego dozoru.

2. Państwo wydania wyroku zawiadamia Państwo sprawujące dozór w szczególności o wydanej amnestii, o ułaskawieniu oraz o uchyleniu lub zmianie warunkowej sankcji karnej.

3. Państwo sprawujące dozór zawiadamia Państwo wydania wyroku w szczególności o środkach dozoru ustanowionych wobec osoby skazanej oraz o wszystkich okolicznościach, które mogłyby spowodować uchylenie warunkowej sankcji karnej, jak również o wydanej amnestii. Z upływem okresu próby zawiadamia się o zakończeniu dozoru.

4. Jeżeli Państwo wydania wyroku uchyli warunkową sankcję karną to może ono wystąpić z wnioskiem na podstawie niniejszej Umowy o przejęcie wykonania kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających.

ROZDZIAŁ V POSTĘPOWANIE

Wniosek i załączniki

Artykuł 28

1. Wnioski przewidziane w niniejszej Umowie sporządza się w formie pisemnej.

2. Do wniosku załącza się:

- 1) oryginał albo poświadczony odpis lub kopię orzeczenia zaopatrzonego w potwierdzenie prawomocności i wykonalności;

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 2. eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen sowie jener über die bedingte Entlassung; 3. möglichst genaue Angaben über den Verurteilten, seine Staatsangehörigkeit und seinen Wohn- oder Aufenthaltsort; 4. eine Bestätigung über die auf die Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme anzurechnenden Zeiten; 5. bei Ersuchen um Übernahme der Vollziehung, wenn sich der Verurteilte im Urteilsstaat befindet, ein mit ihm aufgenommenes Protokoll, aus dem sich seine Zustimmung zur Vollziehung der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme ergibt; 6. weitere Unterlagen, die für die Erledigung des Ersuchens von Bedeutung sein könnten. | <ol style="list-style-type: none"> 2) tekst zastosowanych przepisów prawnych, jak również przepisów dotyczących warunkowego zwolnienia; 3) możliwie dokładne dane o skazanym, jego obywatelstwie oraz miejscu zamieszkania lub pobytu; 4) zaświadczenie o okresie pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających, który podlega zaliczeniu; 5) jeżeli skazany przebywa w Państwie wydania wyroku — protokół sporządzony przy udziale skazanego, z którego wynika jego zgoda, na przejęcie wykonania kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających; 6) inne dokumenty, które mogą mieć znaczenie dla rozstrzygnięcia wniosku. |
|---|--|

Ergänzung des Ersuchens

Artikel 29

Hält der ersuchte Staat die ihm übermittelten Angaben und Unterlagen für nicht ausreichend, so ersucht er um die notwendige Ergänzung. Er kann für das Einlangen dieser Ergänzung eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf begründetes Ersuchen verlängert werden. Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen auf Grund der vorhandenen Angaben und Unterlagen entschieden.

Uzupełnienie wniosku

Artykuł 29

Jeżeli Państwo wezwane uzna przekazane dane i dokumenty za niewystarczające, zwraca się o konieczne uzupełnienie. Dla uzyskania tego uzupełnienia Państwo wezwane może ustalić stosowny termin; na uzasadniony wniosek termin ten można przedłużyć. W braku uzupełnienia rozstrzyga się o wniosku na podstawie posiadanych danych i dokumentów.

Geschäftsweg

Artikel 30

Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und dem Justizminister der Republik Polen statt. Der Verkehr auf diplomatischem Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.

Tryb porozumiewania się

Artykuł 30

Wymiana pism na podstawie niniejszej Umowy odbywa się między Związkowym Ministrem Sprawiedliwości Republiki Austrii a Ministrem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej. Nie wyłącza to drogi dyplomatycznej.

Sprache, Legalisierung

Artikel 31

Die Ersuchen und Mitteilungen nach diesem Vertrag sowie beizufügende Unterlagen bedürfen keiner Übersetzung in die Sprache des anderen Vertragsstaates und keiner Legalisierung.

Język i uwierzytelnianie

Artykuł 31

Wnioski i zawiadomienia przesyłane na podstawie niniejszej Umowy, jak również załączane dokumenty nie wymagają tłumaczenia na język drugiego Umawiającego się Państwa i uwierzytelnienia.

Kosten

Artikel 32

Die in Anwendung dieses Vertrages entstandenen Kosten werden nicht ersetzt.

Koszty

Artykuł 32

Koszty powstałe w związku ze stosowaniem niniejszej Umowy nie podlegają zwrotowi.

TEIL VI
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 33

Dieser Vertrag beeinträchtigt Verpflichtungen aus mehrseitigen Übereinkommen nicht.

Artikel 34

Dieser Vertrag findet auch auf gerichtliche Entscheidungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

Artikel 35

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Warschau ausgetauscht.

Artikel 36

(1) Dieser Vertrag tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(2) Dieser Vertrag wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung tritt nach Ablauf von sechs Monaten ab Einlangen der Kündigung beim anderen Vertragsstaat in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 19. April 1990 in zwei Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Dr. Egmont Foregger

Für die Republik Polen:
Aleksander Bentkowski

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 12. Dezember 1990 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. 36 Abs. 1 mit 1. März 1991 in Kraft.

ROZDZIAŁ VI
POSTANOWIENIA KOŃCOWE

Artykuł 33

Umowa niniejsza nie narusza zobowiązań Umawiających się Państw wynikających z wielostronnych umów międzynarodowych.

Artykuł 34

Niniejszą Umowę stosuje się również do orzeczeń sądowych wydanych przed wejściem w życie Umowy.

Artykuł 35

Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Warszawie.

Artykuł 36

1. Niniejsza Umowa wchodzi w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca następującego po miesiącu, w którym miała miejsce wymiana dokumentów ratyfikacyjnych.

2. Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każde z Umawiających się Państw. W takim wypadku utraci ona moc po upływie 6 miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Na dowód czego Pełnomocnicy Umawiających się Państw podpisali niniejszą Umowę i opatrzili ją pieczęciami.

Sporządzono w Wiedniu dnia 19. kwietnia 1990 w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim przy czym oba teksty są jednakowo autentyczne.

Z upoważnienia

Związkowego Prezydenta Republiki Austrii:
Dr. Egmont Foregger

Z upoważnienia

Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej:
Aleksander Bentkowski

Vranitzky